# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen Die achtgepaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 | Fernsprecher Nr. 501

Nr. 150 | Dienstag, den 27. September 1927 | 45. Jahrgang

# Das „friedliche" Frankreich

## Barthous Antwort an Stresemann und Hindenburg — Die Kriegsschuld bleibt bei Deutschland — Kein Abgehen von Versailles

**Paris.** Der Sonntag zeichnete sich in Frankreich durch einen Rekord an Denkmalseinweihungen, Gedenkfeiern und Ministerreden aus. Auf elsässischen Boden sprach Poincaree nicht weniger als dreimal. Pensionsminister Marin nahm an einem Bezirkskongreß der Nationalen Frontkämpfervereinigung im Yonne-Departement und an der Huldigung am Gefallenen-Denkmal teil. In Versailles wurde eine Militär-Gedenktafel in einem Staatskasino eingebaut, und unter Führung des Generals Gouraud fand eine Pilgerfahrt nach dem Totendenkmal der Champagne-Gefallenen in Chalons statt.

Die politisch größte Bedeutung kommt der Rede des Justizministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Barthou bei der Einweihung des Denkmals für Vernes-Camboi, eines im Rif-Kriege gefallenen Sergeanten in dessen Geburtsort Livron, in den Unterpyrenäen zu. Barthou hatte den Auftrag erhalten, nicht nur die Regierung bei dieser Feier zu vertreten sondern offenbar auch die offizielle Antwort der französischen Regierung auf die Hindenburgrede und das Matin-Interview des Reichsaußenministers zur Kriegsschuldfrage zu erteilen. Frankreich, so erklärte er, sei im gleichen Maße unschuldig an dem Blute, das in ihrem Beherrschungsdurste ein Wilhelm II. und ein Abd el Krim vergessen hätten. Dann führte er wörtlich aus:

Es sind Dementis, die die Geschichte nicht zwingen und die aus welchem Munde sie auch kommen mögen, die Wahrheit der Tatsachen der Dokumente und der Ereignisse nicht besiegen werden. Die Verantwortlichkeiten sprechen auf unserem verwüsteten Boden zu laut, als daß eine feierliche, aber ungeschickte Ableugnung genügen könnte, einwandsfreie Zeugnisse zu zerstören. Wenn das Deutschland von 1914 das „reine Herz" gehabt hätte, würde es durch Annahme der angebotenen Vermittlung (?) die Kriegsgefahr beseitigt haben, die eine auf Grund falscher (?) Informationen angeordnete Mobilisierung heraufbeschwor und zudem verschlimmerte und beschleunigte.

Das Deutschland von 1914 hatte keine „reinen Hände". Nachdem wir seine Grausamkeiten erduldet haben, werden wir ihm nicht gestatten, unsere Toten zu entehren, die für die Verteidigung unseres durch Eroberungslust überfallenen, besetzten und verwüsteten Heimatbodens gefallen sind. Wir wollen den Frieden mit einem Willen, dessen Aufrichtigkeit die schon gebrachten Opfer (?) bezeugen. Aber wir können ihm nicht das Opfer der Wahrheit bringen, ohne eine demütigende Gewissensabdankung. Diese bewiesene und beweiskräftige Wahrheit ist unsere Stärke, weil sie unsere Ehre ist. Sie wird weder dementiert noch verfälscht werden. Das Schweigen, zu dem auch wir uns verstehen könnten, ist die notwendige Bedingung für die Annäherungen, die der Friede der Welt verlangt. Nur um diesen Preis können wir vergessen. Die unklugen Rehabilitierungen drohen der öffentlichen Meinung in den Charakter vermessener Herausforderungen nicht anzunehmen.

Die internationale Beruhigung, die nur langsam über die vielen Hindernisse triumphiert, würde rasch all das verlieren, was nationale Eigenliebe dabei gewinnen will. Daß „zu viel Reden schadet" ist ein ausgezeichnetes Sprichwort.

Auf den Marokkokrieg übergehend, versicherte Barthou Frankreichs friedliche Rolle in den Verhandlungen die dem Kriege 1914 vorausgingen und die die Geschichte endgültig festgelegt habe, nehme mit der gleichen vertrauenden Ruhe das Urteil der Geschichte über die Verantwortung am Marokkokriege hin. Diesem ausländischen Golde dementierte Propaganda habe zum Rif-Kriege geführt. Von den weiteren Ausführungen des Justizministers sei zu bemerken der Abscheu vor dem Kriege, der aber verächtlich sein würde, wenn er Furcht vor dem Kriege wäre. Der Glaube an den Frieden fordert nicht, daß eine Nation ihren Ruf dahin opfert.

## Konsolidierung der Konservativen?

Als zu Beginn des Pilsudskiregimes der Marschall die Beisetzung eines der Radziwills benutzte, um dem Kreise der früheren Zaren-, Kaiser- und Königsanhänger in Polen näher zu treten, war man in Linkskreisen geneigt, die Anschauung zu verbreiten, als wenn es dem Marschall an der Vorbereitung der Monarchie läge. Einige nationaldemokratische Blätter gingen sogar so weit, daß man Pilsudski verdächtigte, daß er selbst die Absicht habe, sich zum König ausrufen zu lassen und später schwächte man die Gerüchte dahin ab, daß eine der Töchter Pilsudskis einen Radziwill heiraten solle und so der Marschall der Platzhalter eines kommenden polnischen Königs wäre. Es waren nur Gerüchte, die man zur Verdächtigung ausstreute, denn in politischen Kreisen war es klar, daß die Annäherung Pilsudskis an den altpolnischen Adel nichts anderes bedeute, als die Sprengung der Nationaldemokratie unter Dmowskis Führung, der seine gesamten Agitationsgelder vom Großgrundbesitz und dem Adel bezog. Dieser Plan ist gelungen, die Nationaldemokratie wurde nicht nur gespalten, sondern es machte sich eine weitere faschistische Gruppe, das „Lager des Großen Polen" auf. Bis dahin gelang Pilsudskis Plan, der aber nicht beendet ist, denn auch die Konservativen, die bald nach Pilsudskis Besuch in Nieswiez in Krakau tagten, fanden ihre Reihen in drei Gruppen gespalten und seit dieser Zeit geht der Plan des altpolnischen Adels eine feste konservative Gruppierung nach englischem Muster zu schaffen. Wieweit der Marschall hier seine Vermittlungen fortsetzt, ist nicht genau ersichtlich, jedenfalls fördert er diese Pläne, soweit dies im Bereich seiner Macht liegt. Und der Großgrundbesitz kann sich nicht beklagen, daß die Politik des gegenwärtigen Kabinetts nicht auf seine Vorteile bedacht war. Die Landwirtschaft kann zufrieden sein, sie wurde genügend berücksichtigt.

Es ist kein Geheimnis, daß der Marschall sich darüber Rechenschaft ablegt, daß die Industrialisierung Polens doch noch Jahrzehnte auf sich warten lassen wird und daß die stärkste Stütze des polnischen Staates in der Landwirtschaft liegt. Und da ihm durch die Heranziehung des Adels eine feste Stütze entstehen kann und obendrein die Möglichkeit besteht, die verhaßte Nationaldemokratie an der empfindlichsten Stelle zu treffen, so ist es verständlich, daß dem Marschall an der Mitherrschaft des Adels, also des Großgrundbesitzes sehr viel gelegen ist. Zu dem konservativen Kreise oder Kreisen gehören auch namhafte Professoren als Dekoration und schließlich auch Kreise, die dem Marschall geistig sehr nahestehen. Es ist darum keine Ueberraschung, wenn die Konservativen ihrerseits die Gelegenheit benutzen, um eine Rechnung zu präsentieren, um größeren Anteil an der Herrschaft im polnischen Staat zu erheben. Denn mit den Niesabytowski und Meyszlowicz gibt man sich nicht zufrieden, sie sind seinerzeit als Monarchisten wohl mehr als Freunde Pilsudskis ins Kabinett aufgenommen worden, denn als Politiker, die ausschließlich das konservative Element repräsentieren. Aber daß sie es verstanden haben, im Kabinett die Richtung der Konservativen durchzusetzen, wird niemand bezweifeln, der die Taten dieser Minister etwas näher durchschauen kann.

Nun vollzog sich in den letzten Tagen ein weiteres Ereignis, welches mit Nachdruck lehrt, daß dem polnischen Altadel unter der Deckfirma des Konservativismus in Polen eine besondere Rolle zugedacht ist. Nachdem in Krakau eine ziemlich offizielle Tagung der Konservativen vor Monaten stattfand, haben sich Repräsentanten dieser Richtung jetzt in Dzikow gefunden, dort sind in Gegenwart eines Abgesandten der Regierung, neue Pläne geschmiedet worden. Es soll eine starke Konservative Partei bei den kommenden Wahlen entstehen, die neben den „Sanatoren", die stärkste Stütze der Regierung sein soll. Der Marschall hat einen seiner Vertrauten, den Oberstleutnant Slawek, nach Dzikow entboten, wo sich zwei frühere Diplomaten, einige Professoren und gegen 15 Adlige eingefunden haben, um ein Programm zu beraten. Es heißt in der nationaldemokratischen Presse, daß Pilsudskis Vertrauensmann Slawek, sogar mit einem Bericht über die Lage Polens in Dzikow aufgetreten sei. Hinzukam, daß sich ein Pilsudskianhänger in Ostgalizien, der neue Wojewode Borkowski, über den kommenden Weg der Konservativen bereits ausgeschrieben hat, so daß die Hauptarbeit der Konsolidierung der konservativen Partei beendet ist, wenn auch noch nicht zu übersehen ist, ob alle Gruppen sich auf das in Dzikow festgelegte Programm geeinigt haben.

Wie immer auch die Tagung, die sich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit abspielte, vollzog, eines ist sicher, daß die **Konservativen mit baldigen Wahlen rechnen. Ob diese** nun im Rahmen der verfassungsmäßigen Zeit stattfinden oder später, ist eine nebensächliche Frage. Eines ist aber auch sicher, daß die kommenden Wahlen, bei denen die Konservativen etwas erben wollen, nicht nach dem bisherigen Wahlmodus vor sich gehen können, daß uns also doch eine Wahlreform ganz aus der Hand der Regierung beschieden sein wird. Soweit zeichnet sich bisher der Weg, der von Nieswiez nach Dzikow führt und mit dem Einzug der Konservativen im neuen Parlament durch eine besondere Wahlreform enden wird.

# Die neue Spaltung der Kuomintang?

**Peking.** Die Einigkeit der Kuomintang ist abermals auf das schwerste bedroht. Viele Generäle der Südarmee fühlen sich durch die Neubesetzung der Regierungsposten zurückgesetzt und drohen der Regierung des Südens, den Gehorsam zu verweigern. Der Hankauer General Tangschenschi ruft sogar die Politiker zur Neubildung einer Teilregierung auf kommunistischer Grundlage in Hankau auf. Die unzufriedenen Elemente beginnen sich bereits zu sammeln. Große Beachtung finden die Verhandlungen, die General Tschiangkaischek augenblicklich in Schanghai führt. — Infolge der Unstimmigkeiten in der Partei ist die Offensive gegen Norden wiederum zum Stillstand gekommen.

**Moskau.** Wie aus Tokio amtlich berichtet wird, versuchten gestern chinesische Soldaten eine Gruppe japanischer Marinesoldaten in Hankau zu entwaffnen. Die Japaner machten von der Waffe Gebrauch und ließen auch Maschinengewehre in Tätigkeit treten. Bisher sind auf chinesischer Seite 4 Tote und neun Verwundete, auf japanischer Seite ein Toter festgestellt worden. In der englischen und französischen Konzession wurde gestern von etwa 400 Kommunisten angegriffen. Die Kommunisten konnten entwaffnet werden. 12 Angreifer wurden sofort vor das Kriegsgericht gestellt. Der französische Konsul hat ein japanisches Minenboot gebeten, die französischen Interessen zu schützen.

## Weitere Verschärfung zwischen Sejm und Regierung

**Warschau.** Der Konflikt zwischen Regierung und Sejm hat sich weiterhin außerordentlich verschärft und soll, wie man hört, durch das höchste Gericht des Staates entschieden werden. In politischen Kreisen nimmt man an, daß in den nächsten Tagen der Sejmmarschall auf den letzten Brief des Marschalls Pilsudski antworten wird.

## Jaspars Antwort an Stresemann

**Genf.** Im Laufe des Sonntags abends ist in Genf der Wortlaut der Rede des belgischen Ministerpräsidenten Jaspar, die dieser zu der Einweihung des Denkmals für den im Jahre 1912 gestorbenen katholischen Parteiführer Beernaert gehalten hat, bekannt geworden. Die Rede hat wegen ihrer aggressiven deutschfeindlichen Note in Genfer politischen Kreisen einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Ursprünglich sollten an Montag Verhandlungen mit dem gegenwärtigen ersten belgischen Delegierten, Senator de Brouckere, über ein gemeinsames Kommunique über den vorläufigen Verzicht auf den Gedanken einer schiedsgerichtlichen Regelung der Franktireursaffäre beginnen. Durch die Rede des belgischen Ministerpräsidenten ist nunmehr eine völlig neue Lage geschaffen worden. Man darf annehmen, daß nunmehr von deutscher Seite an die belgische Regierung ine kategorische Anfrage gerichtet werden wird, ob sie sich angesichts der neuen Beschuldigungen gegen die deutsche Kriegsführung zur Bildung eines Schiedsgerichtes bereit erkläre oder nicht. Weitere Verhandlungen in der Richtung eines Verzichtes auf eine unparteiische Untersuchung dürften unter diesen Umständen kaum mehr möglich sein.

## Coolidge für mäßige Weiterrüstung

**London.** Präsident Coolidge ist nach Washingtoner Meldungen weiterhin jeder Ueberschreitung des vor der Genfer Flottenabrüstungskonferenz festgelegten Flottenbauprogramms abgeneigt. Ueber das dem Kongreß vorzulegende Bauprogramm sind noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen, vielmehr beabsichtigt der Präsident, den allgemeinen Marinerat hierbei zu Rate zu ziehen. Es ist jedoch bekannt daß sich Coolidge einem Bauprogramm von ungewöhnlichem Ausmaß widersetzen wird, und für den Bau von 2 oder 3 Kreuzern jährlich während einer Periode von fünf Jahren eintritt, um eine zu starke Budgetbelastung gegen andere Forderungen von 10 bis 15 Kreuzern in einem Jahr zu verneinen. Die von einigen Seiten angeregte Vereinigung des Kriegs- und Marineministeriums wird von dem Präsidenten nicht unterstützt.

## Professor Förster will gegen Stresemann klagen

**Berlin.** Wie der „Montag-Morgen" aus Genf berichtet, soll Prof. Friedrich Förster beabsichtigen, wegen der scharfen Kennzeichnung seines Verhaltens durch Dr. Stresemann in einer Versammlung der Weltpresse in Genf gegen den Reichsaußenminister die Beleidigungsklage einzubringen und zwar bei den Genfer Gerichten.

## Die Sicherheitsfrage

Das Genfer Völkerbundsleben bröckelt langsam ab. Vor allem verlassen die Pessimisten geschlagen Genf. Die eifrigsten internationalen Verteidiger des Völkerbundes, Briand, Breitscheid, Vandervelde, Motta, Politis, Nansen, Benesch, de Brouckere sind in der Versammlung oder in den Kommissionen nicht nur äußerlich zu Wort gekommen, sondern sie haben auch dem Bund neue Antriebe eingeben können, während Herr Grandi, der Freund Mussolinis, der im Hotel des Bergues abgestiegen ist, wo sich auch die französische Delegation immer aufhält, ohne Delegierter zu sein, in ganz Genf vergebens Unheil spinnend herumkreist. Immerhin ist Grandi wenigstens der einzige, der nie als Delegierter im Völkerbund auftritt, weil er merkt, daß er in einer republikanisch-demokratischen Versammlung, wo er sich parlamentarischen Formen zu fügen hätte, nichts zu suchen hat.

Die jetzige Völkerbundstagung hat außerordentlich viel Zeit darauf verwandt, noch einmal über das Genfer Protokoll, das mit der Abrüstungsfrage im Zusammenhang steht, zu sprechen und eine Erklärung des Artikel 11 des Völkerbundspaktes langsam auszuarbeiten. Dieser Artikel spricht, ebenso wie Artikel 16, vom Krieg des Völkerbunds. Was ist bisher darüber ausgearbeitet worden? Welche Einheiten hat jedes Land dem Völkerbund im Kriegsfall zur Verfügung zu stellen? Genügt es, wenn beispielsweise Mussolini dem Völkerbund dann hohnlächelnd einen einzigen Soldaten schickt? Hierüber müßte endlich ein Statut geschaffen werden, nicht damit die Armeen im Kriegsfalle auch wirklich marschieren können, sondern damit auch die angriffslustigste Regierung solche Angst vor der Völkerbunds-Exekution hat, daß sie schon aus diesem Grunde nicht wagt, Kriegslärm zu schlagen. Und dann würde eine genaue Deutung des Artikels 11, das heißt gewissermaßen die Schaffung eines Protokolls über den Artikel 11, die Abrüstungsfrage, dadurch viel mehr beschleunigen, daß die Sicherheit in der Welt verstärkt wäre. Inwiefern hindert nun augenblicklich noch das mangelnde Sicherheitsgefühl ein schnelleres Zusteuern auf die Abrüstung? Mussolinis Brandreden gegen Frankreich, dem er für 1935 den Krieg erklärt hat, nimmt natürlich niemand ernst. Aber der Hauptwiderstand liegt bei England. Wenn es behauptet, seine Dominions stimmten dem Genfer Protokoll nicht zu, weil sie gewisse innere Probleme (Ein- und Auswanderung) nicht einem Schiedsgericht überwiesen sehen wollen, so könnte durch ein internationales Auswanderungsübereinkommen, für welches das „Internationale Arbeitsamt“ bereits Vorstudien gemacht hat, der Mangel behoben werden. Immer mehr entwickelt sich bei der diesmaligen Völkerbundsversammlung der Gedanke eines Wiederauflebens des Genfer Protokolls, weil in ihm die genaue Ausarbeitung eines Sicherheitssystems liegt, das nur allgemein gebilligt werden kann. Aus diesem Grunde sucht man für England die Steine aus dem Weg zu räumen, die es, manchmal nur infolge optischer Täuschung, zu sehen glaubt. Die Völkerbundsversammlung von 1925 lud dazu ein, Staaten, welche Abkommen untereinander treffen, mögen diese dem Genfer Protokoll einigermaßen anpassen. Doch alle derartigen Abkommen haben sich seitdem vom Protokoll nur weiter entfernt. Jetzt scheint man auch da wieder den Rückweg antreten zu wollen.

Schließlich war im Artikel 12 des Protokolls gesagt worden, daß die Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundes alles Material zu sammeln hat, das sich auf Artikel 11 des Paktes beziehen könnte. Diese wichtige Empfehlung war zusammen mit den übrigen Teilen des Protokolls eingesargt worden. Schon in der Abrüstungskommission war man jetzt gezwungen, auf diese notwendige Bestimmung wieder hinzuweisen. Im Artikel 11 steht aber auch, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rats auf jeden Umstand zu lenken, der die internationalen Beziehungen berühren und das gute Einvernehmen unter den Nationen bedrohen kann. Hätten gewisse Völkerbundsgegner den Bund stark genug sein lassen, um sich mit der Angelegenheit Sacco und Vanzetti zu beschäftigen (nach Artikel 11), so wäre gewiß nicht die Glashalle des Völkerbunds bei der bekannten Genfer Manifestation mit Steinen beworfen worden. Daß jedoch das schädliche Geschrei des Lord Rothermere für die ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei, das hier hinter den Kulissen viel zu viel erörtert wurde, unter Artikel 11 fallen könnte, vermag nur anzunehmen, wer nicht weiß, wie wenig geschätzt die „Daily Mail“ des Herrn Rothermere in der englischen Politik ist.

## Saarverhandlungen in Berlin

**Genf. Wie die Telegraphenunion erfährt, werden Anfang Oktober zwischen der deutschen Reichsregierung und Vertretern des Saargebietes Verhandlungen stattfinden, denen allgemein große Bedeutung zugemessen wird. Hierbei wird voraussichtlich in erster Linie die Frage eines vorzeitigen Rückkaufes der Saargruben erörtert werden.**

## Der neue russische Gesandte in Warschau

**Warschau.** An Stelle des ermordeten sowjetrussischen Gesandten in Warschau, Wojkow, ist Dymitr Bogomolow zum russischen Gesandten in Warschau ernannt worden. Er wird in den ersten Tagen des Oktober hier eintreffen und seine Amtstätigkeit übernehmen.

Bogomolow wurde im Jahre 1890 in Petersburg geboren. Seine diplomatische Karriere begann er im Jahre 1920. Im Jahre 1922 wurde er zum ersten Sekretär und zum Geschäftsträger bei der österreichischen Regierung ernannt und vom Jahre 1924 an bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit England hatte er den Posten des ersten Botschaftsekretärs in London inne. In politischen Kreisen sieht man die Ernennung dieser Persönlichkeit der russischen Diplomatie zum Warschauer Gesandten als einen Loyalitätsakt gegenüber dem polnischen Staate an, da sich Bogomolow in seiner bisherigen Tätigkeit als Vertreter Sowjetrußlands im Auslande immer „im besten Lichte“ gezeigt hat.

## Italienische Willkürherrschaft in Südtirol

**Innsbruck.** Der Generalsekretär des faschistischen Syndikats der Kaufleute hat vor mehreren Tagen für den Zwangsverband der Kaufleute Süd-Tirols einen neuen außerordentlichen Kommissar namens Amerigo Castello ernannt, dessen erste Tätigkeit in Südtirol darin bestand, jene drei deutschen Kaufleute, die bisher der Leitung des Provinzialsyndikats angehörten, ohne Begründung ihres Amtes zu entheben und durch Italiener zu ersetzen. In einem gleichzeitig an die Kaufleute der Provinz gerichteten Begrüßungsschreiben erklärte er, daß er alle jene Kaufleute, die ihren ihnen von der nationalen Regierung anvertrauten Aufgaben irgendwie zu entgehen suchten, den strengsten im Gesetz vorgesehenen Strafmaßnahmen zuführen werde. Was der Kommissar Castello unter diesen Aufgaben der Kaufmannschaft versteht, erhellt aus einer gleichzeitig erlassenen Verfügung, in welcher bei Strafandrohung den Kaufleuten verboten wird, irgendwelche Rechnungen in deutscher Sprache auszustellen.

## Die russisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

**Paris.** Der Quai d'Orsay gibt zu den Erklärungen Litwinows eine ausführliche Mitteilung über die französisch-sowjetrussischen Verhandlungen aus. Die Mitteilung stellt auf Grund der offiziellen Dokumente der französisch-sowjetrussischen Konferenz fest, daß bis Ende des Monats Juli keinerlei Abkommen erzielt worden sei. Seit diesen Tagen habe die Sowjetdelegation keinerlei neue Vorschläge vorgebracht. Im übrigen stehe die Sowjetdelegation auch weiterhin auf dem Standpunkt, daß ihre Vorschläge von der Einräumung neuer Kredite abhängig seien, deren Höhe aber um vieles bedeutender sein solle als die angebotenen ersten Jahresraten. Die Sowjetvorschläge konnten daher auch nicht ernstlich geprüft werden. Die Konferenz habe die Kreditfrage niemals ernstlich behandelt, es könne daher niemand von einem vollständigen Schuldenabkommen sprechen. Die anderen Fragen, wie die Entschädigung des in Rußland beschlagnahmten französischen Eigentums und Besitzes und die Regelung der zarischen Schatzamtsschulden seien von der Konferenz bis jetzt noch nicht beraten worden.

## Guter Ernteertrag in Polen

**Der beste Ertrag seit 1921.**

Nach Angabe des Statistischen Hauptamtes in Warschau ist in diesem Jahre in Polen folgender Ernteertrag zu erwarten: Weizen 14,8 Mill. Doppelzentner, Roggen 59,8, Mill. Gerste 16,3 Mill und Hafer 34,2 Mill Doppelzentner. Im Verhältnis zum Vorjahre sind dies bei Weizen 115,9 Prozent, bei Roggen 119,9 bei Gerste 104,8 und bei Hafer 112,1 Prozent. Im Vergleich zu den Durchschnittsernten der letzten fünf Jahre von 1921/22 bis 1925/26 bei Weizen 118,8 Prozent, bei Roggen 114,3, bei Gerste 110,2 und bei Hafer 115,5 Prozent.

Obige Angaben können jedoch noch eine größere Aenderung erfahren zumal die endgültigen Erhebungen erst während der sich in Betriebe befindlichen Dreschzeit gemacht werden können. Ueberdies sind die Hagel- und namentlich Hochwasserschäden, die insonderheit im südlichen Teil Polens ungeheuer groß sind, nicht berücksichtigt. Die Kartoffelernte ist besser als im Vorjahre und wird voraussichtlich 292 Millionen Doppelzentner geben. Die Zuckerrübenernte läßt sich zur Zeit auf etwa 42,7 Millionen Doppelzentner schätzen.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.

## Laurahütte u. Umgebung

**Bekanntmachung für Arbeitslose.** Die Kontrolle aller Arbeitslosen, die ihre Unterstützung wöchentlich beziehen, wird vom 1. 10. ab jeden Mittwoch und Sonnabend von 11 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. abgehalten werden.

**Ausfuhrverbot** In letzter Zeit haben sich mehrere Feldbesitzer bei der Bürgermeisterei gemeldet und zur Anzeige gebracht, daß sich auf ihren Feldern der sogenannte Kartoffelkrebs bemerkbar macht. Um die evtl. Verbreitung des Schädlings zu verhüten, wird auf Grund der Wojewodschafts-Verfügung vom 15. Juli 1927 § 5, die Ausfuhr von Hackfrüchten für die ganze Gemeinde Siemianowitz bis auf weiteres verboten. Die Durchführung der Verfügung wird streng kontrolliert werden und evtl. Verstöße bestraft werden.

**Einkauf von Roggen und Hafer durch die Militärbehörden.** Die Intendantur in Myslowitz gibt bekannt, daß sie im Wege des Freikaufs Roggen und Hafer diesjähriger Ernte aufkauft zum ortsüblichen Tagespreise bei sofortiger Bezahlung. Interessenten, Landwirtschaftliche Vereine etc. sofern sie mindestens 1 Waggon Hafer oder Roggen zusammenstellen, werden gebeten, ihre Offerte mündlich, schriftlich oder telefonisch der Intendantur Myslowitz einzureichen unter genauer Angabe von Menge, Gattung, ortsüblichen Preis, Preis für Anfuhr zum Bahnhof und Verladespesen in den Waggon und Angabe der nächsten Verladestation. Kleinere Landwirte können ihre Offerten auch bei der Gemeinde abgeben, von wo aus die Offerte weiter geleitet wird, vorausgesetzt, daß mindestens 1 Waggon Getreide zusammengebracht wird. Alle Offerten sind an den Vorsteher der Intendantur in Myslowitz Telefon Nr 46, einzureichen.

**Kursus für Fleischbeschauer.** Am 1. Oktober d. J. beginnt wieder ein Kursus für Fleischbeschauer im Kattowitzer Schlachthofe und wird voraussichtlich 8 Wochen dauern. Interessenten müssen der Direktion des Schlachthofes folgende Papiere vorlegen: 1. Bescheinigung der Starostei und der Polizeidirektion, daß er nach Schluß des Kursusses eine Anstellung als Trichinen- bezw. Fleischbeschauer erhält, 2. Geburtsschein, 3. Führungszeugnis, 4. kreisärztliches Gesundheitszeugnis, 5. selbstverfaßten geschriebenen Lebenslauf. Die Aufnahmegesuche werden nur bis zum 1. Oktober angenommen und später eingehende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

**Die Kammerlichtspiele** bringen von Dienstag bis Donnerstag den Fox-Film aus der Neuyorker Konfektion „Die Höschen des Fräulein Annette“ zur Vorführung, worauf wir besonders hinweisen. Näheres siehe Inserat.

## Gottesdienstordnung:

### St. Kreuzkirche — Siemianowitz.

Dienstag, den 27. September 1927:

1. hl. Messe für verst. Johann Cieslik, Eltern beiderseits und Großeltern.
2. hl. Messe, Jahresmesse für verst. Gerhard Bawaj.
3. hl. Messe für verst. Lorenz Bernatzki, Ehefrau Margarete, Verwandtschaft Bernatzki, Labryga und Stefan L.

### Katholische Pfarrkirche Laurahütte.

Dienstag, den 27. September 1927:

6 Uhr: Für die Seelen im Fegefeuer.
6½ Uhr: Für das Brautpaar Weigel-Wanke.

## Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

**Allgemeine Tageseinteilung:**

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

**Dienstag, den 27. September 1927.** 15,45—16,30: Uebertragung aus Gleiwitz: Kinderstunde. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Jugendstunde: Sport und Wandern. — 18.50 bis 19,20: Hans Bredow-Schule: Abt. Staatswissenschaft. — 19,20 bis 19,50: Die Uebersicht. Wochenberichte über Kunst und Literatur. — 20: Violinkonzert Stefan Frenkel. — 21,30—22: Uebertragung aus Gleiwitz: Heitere Rezitationen. — 22,15: Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V.